

Erscheinung
an allen Werktagen.
Bezugspreis
in der Germania 250.—
in den Ausgabeorten 260.—
durch Zeitungshändler 300.—
am Boian 275.—
aus Ausland 20 deutsche Mark.
Fernsprecher 4248, 2278,
8110, 8249

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussertürtung bei der Bezieher keinen Antrag auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Ausgabenpreis
f. d. Grundschriftseite in
Anzeigenzeit innerhalb
Polens 40.—M
Reklamezeit 120.—M
Für Aufträge aus
Deutschland 3,50 M
im Reklamezeit 10.—M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czecowe Konto für Polen: P. L. O. Nr. 200 283 in Poznań

Lloyd Georges Vorschläge.

Der Sinn der Vorschläge Lloyd Georges ist, daß am Versailler Vertrag und den Bestimmungen des Londoner Ultimatums nicht gerüttelt wird. Der bedingte Zahlungsaufschub für 1922 soll nur in veränderter Gestalt erfolgen. Denn die Aussicht über die Reichsbank ist der Beginn der Finanzaussicht über Deutschland schlecht hin. Die Aussicht über die Reichsbank und die Forderung, daß der Notenumlauf eingeschränkt wird, gehören jedoch zusammen. Nicht viel besser, eher noch schlimmer, steht es mit den anderen Vorschlägen. Die Erhöhung der Eisenbahnen- und Posttarife wird die Kaufkraft der Noten nicht heben, was doch der Zweck der Aussicht über die Reichsbank sein soll, sondern noch mehr senken. Das gilt auch für die Erhöhung der Kohlensteuer. Hier arbeitet England wieder einmal für sich. Seine Kohlenwirtschaft ist zusammengebrochen, nicht nur wegen des Wettbewerbes der deutschen Lieferungskohle, vielmehr auch deshalb, weil es der nordamerikanischen Kohle gelang, die englische Kohle von den südamerikanischen Märkten zu verdrängen. Nun war es Lloyd George, der Millerand in Spa half, Deutschland das Kohlenabkommen aufzuerlegen. Schon damals wurden die nachteiligen Folgen vorausgesagt. Belgien hatte seinen im Kriege zerstörten Bergbau wieder hergestellt. Aber auch Frankreich hantierte anfangen, die Gruben um Lens wieder in Betrieb zu nehmen. Tatsächlich förderte es 1921 mehr Kohlen, als seine Wirtschaft verbrauchen konnte, so daß in den Grubengebieten Feuerschichten einzulegen werden mußten. Worauf Frankreich nicht verzichtete, das war die deutsche Lieferungskohle, weil sie wegen ihrer Güte und wegen ihres geringen Einstandspreises einen schwunghaften Handel und erhebliche Gewinne möglich macht. Das hat die englische Kohlenwirtschaft sehr bald zu spüren bekommen. Obwohl die englischen Börsen die Preise für beste Schiffskohlen immer mehr senken, gelang es nicht, die europäischen Märkte zu behaupten. Nun will Lloyd George durch seine Vorschläge an den Wirkungen herumducken ohne die Ursachen abzustellen. Finanztechnisch ist die Verdoppelung oder Verdreifachung der deutschen Kohlensteuer wohl durchzuführen. Ob es indessen gelingt, den von Lloyd George beabsichtigten Erfolg zu erzielen, ist eine andere Frage. Jedenfalls müßte sich Frankreich die deutschen Lieferungskohlen zu Preisen anrechnen lassen, die für Kosten englischen und amerikanischen Ursprungs gelten. Sonst würde die deutsche Lieferungskohle erst recht auf den Preis drücken und der englischen Schiffskohle die letzten Märkte nehmen. Wird aber Frankreich mit diesem Vorschlag Lloyd George einverstanden sein? Da es für 1922 auf einen Teil der Bezahlung verzichten soll, soll ihm ein Ersatz in den Sachleistungen gewährt werden. Der Gesamtwert dieser Leistungen soll 1250 Millionen Goldmark erreichen, wobei auch die Lieferungskohlen in Agerechnung kommen. Damit ist über die Wirkung der hinausgetriebenen Kohlensteuer im Inland noch nichts gesagt. Tatsächlich widersprechen sich die Vorschläge Lloyd Georges. Wenn Deutschland den Notenumlauf abdroht will, so kann es nicht zuvor seine Steuern auf Grund des gesunkenen Geldwertes erhöhen. Der Geldwert kann sich erst heben, sofern die Erzeugung in Deutschland gesteigert wird. Die Kohlenpreise könnten höchstens hochtreiben, bedeutet nichts anderes, als die Erzeugung noch weiter zu senken. Hohe Kohlenpreise haben nämlich auch die Wirkung, daß sie alle anderen Gesteigungskosten, also auch Gehälter und Löhne, anlaufen treiben. Vielleicht will Lloyd George gerade das, um so den deutschen Wettbewerb im Ausland einzuschränken.

Wie wenig die Vorschläge Lloyd Georges innerlich zusammenhängen, geht aus der Änderung hervor, daß alle Devisen, die sich Deutschland durch die Ausfuhr verschafft hat, zurück geleitet werden sollen, um für die Wiederherstellung, Verwendung zu finden. Wenn das an sich noch ginge, so wäre es bautechnisch und finanzpolitisch zweckmäßiger, sie im Ausland zu belassen, um sie von dort aus für die Zahlungen zu überweinen. Indessen ist der ganze Vorschlag für Deutschland unannehmbar. Er ist an sich ein Beispiel dafür, daß trotz aller wirtschaftlichen Niederschläge, trotz der Wirtschaftskrisis und ihren Erfahrungen, die Staatsmänner des Verbandes auch heute noch nicht wirtschaftspolitisch zu denken vermögen. Die Devisen, die sich Deutschland durch die Ausfuhr verschafft, sind kein Hamstergut. Wahrscheinlich haben die östlichen Auslegungen der deutschen Sozialistepresse über die Auslandsflucht des deutschen Kapitals bei diesem Vorschlag Lloyd Georges Platz gefunden. Tatsächlich dienen die Devisen dazu, um den Ankauf von Rohstoffen und notwendigen Lebensmitteln zu sichern. Die deutsche Industrie kann morgen einsacken, wenn sie keine Erze, keine Baumwolle, keinen Rohstoff und keine Häute mehr beziehen kann. Alles das erhält sie nur gegen Barzahlung. Wir wissen nicht nur aus der deutschen, sondern ebenso aus der ausländischen Statistik, daß Deutschland nicht entsteht die Rohstoffmengen bezahlt, wie in der Vorriegszeit. Der deutsche Außenhandel wird für 1921 einen Wert von 5 Milliarden Goldmark haben. Deutliche Bedarf an Rohstoffen ist aber verhältnismäßig höher. Lloyd George hätte ein solches Vorschlagen sollen: Der deutsche Außenhandel wird verboten! Im zweiten Jahre würde die Wirkung

Die Wahlen in Wilna.

Über den Verlauf der am Sonntag in Wilna abgehaltenen Wahlen liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:

Wilna 8. Januar. Das Einsammeln der Stimmen begann um 8 Uhr vormittags. Die Wahlen nahmen einen ruhigen Verlauf. Die Beteiligung war sehr stark. Viele Wähler standen trotz des großen Kreises Stundenlang auf der Straße, bis sie in den Wahllokalen vor dem sich langen Reihen von Wählenden bildeten, ihre Stimme abgeben konnten. Bis 2 Uhr nachmittags waren in Wilna ungefähr 24.000 Stimmen abgegeben worden. Hier und da fanden kleine unbedeutende Zusammenstöße statt, die durch das Eingreifen der Bürgerwehr erledigt wurden.

Wilna, 8. Januar. In den Wahlkreisen Lida und Osmaia beteiligten sich die Juden und die weißrussische Landbevölkerung sehr stark an der Abstimmung.

Wilna, 8. Januar. Zu der verhältnismäßig Fertigstellung der Listen der durchsetzenden Personen, die zur Abstimmung berechtigt sind, erklärte der Kommissar Herr Haberzowksi, den Vertretern der Presse folgendes: Die Ursache der Verzögerung war vor allen Dingen der kurze Termin, der für die Wahlen vorgesehen war, andererseits die Saumfeindschaft der Wähler und ihre Unkenntnis der Wahlordnung. Auch hat dazu die ungewöhnliche Tätigkeit der Post und der Telegraphen und schließlich die weite Entfernung einiger Ortschaften von Wilna beigetragen. Gegenwärtig, so erklärte Herr Haberzowksi, werden keine Proteste verübt. So sehr er das als Bürger bedauert so muß doch die gewissenhafte Durchführung der Wahlen und ihre Rechtsverbindlichkeit an erster Stelle stehen.

Selbsthilfe zurückgewiesener Wähler.

Wilna 8. Januar. Die zur Wahl wegen Nichtinhabens des vorgeschriebenen Terms nicht zugelassenen Wähler haben im Magistrat eine eigene Urne geschaffen, mit dem Stempel der Stadtverwaltung Wilna versehen. Ein Mitglied des Magistrats erklärte, daß der Magistrat keinen Anteil an der Organisation der Abstimmung der Einzelnden nimmt. Es hat nur ihre Urteile hin den Stempel zur Veröffentlichung gestellt. Das Komitee, welches durch die Zureichenden organisiert worden ist, beachtet ganz genau die Formalitäten, die auch bei anderen Urnen verfolgt. Die wahrscheinlichste Zahl der Stimmen, die auf diese Weise eingesammelt wurden, wird auf ungefähr 2000 geschätzt.

Das Ergebnis der Wahlen.

Wilna 10. Januar. In der Stadt Wilna beteiligten sich 57 v. H. der Wähler an den Wahlen. Rund 70.000 Personen waren wahlberechtigt. Abgegeben wurden 41.950 Stimmen. Diese Zahlen sind noch nicht endgültig. Das mutmaßliche Ergebnis der Wahlen ist:

sicher eintreten, weil Deutschland außerstande wäre, Rohstoffe zu beziehen und zu bezahlen.

Enttäuschung in Paris.

Paris, 9. Januar. Die heutige öffentliche Meinung ist über das Ergebnis der ersten Beratung in Cannes aufs tiefste enttäuscht. Man verdeckt sich nicht, daß Lloyd Georges gescheitete Taktik, die Reparationsfrage nicht im Plenum, sondern in den Kommissionen zu erörtern, geeignet ist, die ganze Angelegenheit ihres politischen Charakters ganz zu entkleiden und sie wieder ausschließlich zu einem wirtschaftlichen Problem zu machen. So erklärt der "Figaro" ganz offen, man müsse unumwunden zugeben, daß Lloyd George ohne Mühe auf der ganzen Linie triumphiert habe, da die Reparationsfrage nun mehr seinem Antrage entsprechend an die Sachverständigen überwiesen worden sei. Das bedeutet den Bankrott der Reparationspolitik. Auch "Rabologramm" stellt fest, daß der Oberste Rat auf einend die Frage seiner Zusammenkunft, nämlich Deutschland zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zu zwingen, vergessen habe. Dafür durchweg ist die französische Presse auf diesen Ton gestimmt, da sie erklärt, bei aller schuldigen Rücksicht auf die Einheit der Entente könne man doch nicht umhin, zu sagen, daß Frankreich gewiß an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und der damit eng verknüpften Frage der Bezahlung der russischen Kriegsschulden interessiert sei, daß aber die Lebensfrage des französischen Volkes die vielmehr Deutschland seine aus dem Londoner Protokoll übernommenen Verpflichtungen einhalte, da sonst eine Sanierung der französischen Finanzen unmöglich werde. Am weitesten geht in der Kritik der Rede Lloyd Georges der Berichterstatter des "Matin", Sauerwein. Er schreibt, daß der britische Premierminister zwar eine glänzende, aber auch recht imperfekte Rede gehalten habe. Leider sei es ihm durch seinen Geist und seine geschickte Dialektik gelungen, auch diejenigen zum Lachen zu bringen, gegen die er seine heftigsten und amazöndsten Angriffe gerichtet habe. Sauerwein teilt übrigens hierbei mit, daß nach einer ihm zugegangenen Information Amerika einer Teilnahme an den europäischen Angelegenheiten nicht mehr so ablehnend gegenübersteht, wie bisher. So start auch die französische Presse die Rede Lloyd Georges kritisiert, so erkennt sie doch, wenn auch widerwillig, den großen Erfolg an, den der englische Premierminister in der gestrigen Sitzung errungen hat. Der Berichterstatter des "Figaro" erklärt Lloyd Georges Rede für ein Meisterstück politischer Taktik und nennt sie unumwunden das Ereignis des Tages. Zielmäßig einmütig und nicht ohne Bedauern stellt die französische Presse fest, daß durch die Annahme der Resolution Lloyd Georges die Anwendung von Abwehrmaßnahmen gegenüber Deutschland unmöglich geworden sei. Man habe sich verpflichtet, gegen Deutschland bis zum März nicht mit Zwangsmethoden vorzugehen. Sei aber erst der März vorüber, dann würde jedes Ultimatum äußerst erschwert.

Englische Pressestimmen.

London, 10. Januar. "Daily Express" schreibt: "Jeder Engländer ist mit dem Standpunkt Lloyd Georges in Cannes einverstanden. Falls sich die französische Meinung nicht überzeugen lassen sollte, müßten die Wege Englands und Frankreichs auseinanderlaufen. Zum Glück scheint Frankreich geneigt zu sein, dem Plan der Finanzwirtschaftskonferenz grundsätzlich zuzustimmen." "Morning Post" schreibt folgendes: "Die Sowjetregierung hat schon darüber ihren bösen Willen fundgetan, daß sie allen Punkten des englisch-russischen Vertrages zuwiderhandelt. Die Anerkennung der russischen Schulden durch diese Regierung ist merkwürdig." Das Blatt ist der Meinung, daß Lloyd George seinen Standpunkt bezüglich der russischen Schulden ändern müsse, wie er das betrifft der deutschen Schulden getan habe. Wenn es den Deutschen gelänge, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, so wäre das ein Beispiel für Rußland, das dann in Deutschlands Fußstapfen treten

Von den Kandidaten des Zentralwahlausschusses wurden 14 gewählt. Sozialisten 2, Demokraten 1, Parteilos 1. In der Provinz durften zwei Kandidaten des Zentralwahlausschusses gewählt sein, so daß diese Fraktion im Wilnaer Sejm wahrscheinlich 15 Mitglieder haben wird. In einzelnen Bezirken konkurrierten mit den Listen des Zentralwahlausschusses die Listen der Parteigruppen und der Biederegebungsgruppen. Von den wahlberechtigten Juden beteiligten sich an den Wahlen ungefähr die Hälfte. In Wilna bildete die Zahl der Juden, die ihre Stimme abgaben, ungefähr 40 v. H. aller abstimmbaren Wähler.

Der künftige Wilnaer Sejm.

Wilna 9. Januar. In einer der Konferenz mit Vertretern der ausländischen Presse erklärte Meyrowicz unter anderem: Eine ungeheure weittragende Ausgabe des kommenden Wilnaer Sejms wird die Entscheidung über die Zugehörigkeit des Wilnaer Gebietes und die Bezeichnung des Verbündeten zu dem Staate sein, dem es angegliedert wird sein. Die Wähler haben die vollkommene Freiheit, ohne irgendwelchen Druck von irgend einer Seite zu wählen. Dieselbe Freiheit genießt die Presse, was daraus hervorgeht, daß im Wilnaer Gebiet die litauischen Zeitungen erscheinen.

Die Zahl der an den Wahlen teilnehmenden Personen wird wahrscheinlich im Vergleich zur Zahl der Wahlberechtigten nicht groß sein. Die Ursachen dieser Erscheinung sind folgende: Der Anzahl hat es und die Zurückhaltung der Landbevölkerung, nach deren Überzeugung es den Frauen nicht ansteht, sich in öffentlichen Angelegenheiten einzumischen, dann der schlechte Zustand der Wege und die große Entfernung mancher Ortschaften von den betreffenden Wahlkommissionen, was zur Folge hat, daß ein Teil der Landbevölkerung sich nicht an der Wahl beteiligen wird.

Die Wahlteilnahme der Juden wird auf das Wahlgebiet keinen Einfluß haben, denn sie stellen im Abstimmungsgebiet ungefähr 11 v. H. der Bevölkerung dar. In einzelnen Fällen ist anzunehmen, daß die Juden für die polnischen Listen stimmen werden. Die Weißrussen werden im allgemeinen an den Wahlen teilnehmen, nur ein Teil wird sich infolge der Agitation in Kowno der Stimme enthalten. Die litauischen Regierungsmaßnahmen im Wilnaer Gebiet haben einen äußerst schlechten Eindruck auf die Bevölkerung gemacht. Die Verträge mit den Litauern, welche einen annehmbaren modus vivendi beweisen, sind nur dann möglich, wenn die Litauern aufhören, die Polen im Kowno zu verteidigen. Die Einwohner im Wilnaer Gebiet vertrauen ohne Rücksicht auf die Nationalität vollkommen darauf, daß die Großmächte ernst mit dem Volkswillen dieses Teilstaates rechnen werden.

würde. Der Wiederaufbau Europas, so schreibt das Blatt weiter, ist ohne das Bündnis zwischen England und Frankreich unmöglich. "Daily Telegraph" spricht seine Befriedigung über den von Lloyd George in Cannes errungenen Erfolg aus bemerk, daß die Arbeit mit Sowjetrußland erschwert sei.

Frankreich hält an dem Versailler Vertrag fest.

Danzig 10. Januar. Wie "Agence Havas" meldet, erklärt Briand im Gespräch mit dem Hauptherausgeber des "Popolo d'Italia", Frankreich sei entschlossen, um jeden Preis die Führung der Verhandlungen im Rahmen des Vertrages von Versailles zu fordern. Bei allen seinen Mängeln sei dieser Vertrag doch eine bessere Unterlage für die Verhandlungen als die unbestimmten englischen Pläne.

Die Vorbedingung für die Zulassung Deutschlands.

Paris 10. Januar. Die Pariser Presse unterstützt grundsätzlich den Plan, die Deutschen zu den Beratungen in Cannes mitzuhören. Briand stellt sich aber zugleich auf den Standpunkt Briands, der verlangt, daß die Zulassung der Deutschen eine Verständigung der Alliierten untereinander vorausgehen müsse und beront, daß bis zu dieser Verständigung noch ein weiter Weg zu sein scheine. "Echo de Paris" wirft Briand vor, er setze als andere Rücksichten seinem Sieblingsplan, der Verwirklichung des englisch-französischen Bündnisses.

Vertreter Deutschlands werden nach Paris eingeladen.

Paris, 10. Januar. In der Sonnabenditung in Cannes verlangt Lloyd George mit großer Entschiedenheit, daß die Deutschen zur Konferenz nach Cannes geladen würden. Er erinnerte daran, daß das gleiche Verfahren auch auf der Konferenz von Spa beobachtet worden sei und betonte, daß die Deutschen stets alle Abmachungen gehalten haben, wenn man ihre Vertreter vorher gehört hatte. Ministerpräsident Briand widerstreicht dem Vorschlag von Lloyd George, weil er ihn für verfehlt hält. Briand fordert, wie der belgische Ministerpräsident Theunis erklärt, daß man die Deutschen erst dann einladen dürfe, wenn man sich über die Bedingungen, die man den Deutschen stellen würde, geeinigt hätte, namentlich was die Garantien beträfe, die von Deutschland verlangt werden sollen, um die Deutschen finanziell zu sanieren. Daraufhin beschloß der Oberste Rat, eine Delegation zunächst nach Paris einzuladen.

Abreise der Vertreter Deutschlands.

Berlin, 10. Januar. Die von dem Obersten Rat nach Paris geladenen Vertreter Deutschlands sind gestern dorthin abgereist. Sie sind, wie der "Völkerlanz", zu melden weiß, im Besitz eines umfangreichen Materials, das ihnen die Möglichkeit gibt, alle Anfragen zu beantworten.

Das englisch-französische Bündnis.

Paris 10. Januar. "Agence Havas" meldet: Briand erstrebt ein auf Gegenwärtigkeit geöffnetes und sich auf alle Fragen der Weltpolitik erstreckendes Bündnis zwischen England und Frankreich. Die bisherigen Pläne Lloyd Georges hält Briand für unbestimmt. Lloyd George scheut ein formelles Bündnis, da ein solches Verhandlungen für England in Osteuropa bringen könnte, was England verhindern müsste, da es an Polen nicht so interessiert sei wie Frankreich. "Petit Parisien" berichtet, daß Verhandlungen über ein Bündnis zwischen England und Frankreich schon seit zwei Monaten im Gange sind.

Amerikas Beteiligung an der Wirtschaftskonferenz in Genua.

Paris, 10. Januar. Nach einer Washingtoner Meldung des "Neuhauser Harald" werden die Vereinigten Staaten an der Wirtschaftskonferenz in Genua teilnehmen. Vertreter Amerikas wird wahrscheinlich der Staatssekretär Hughes sein, als Handelsdelegierter wird Hoover der Konferenz bewohnen, als Finanzdelegierter Hellon,

Die Danina.

Das Ministerium des ehem. preuß. Teilstaates gibt bekannt:

In Nr. 1 des „Dziennik Ustaw“ vom 7. Januar d. Js. ist das Gesetz über die Einziehung der einmaligen außerordentlichen staatlichen Abgabe und die Ausführungsverordnung des Finanzministers zu diesem Gesetz veröffentlicht. Vom 7. Januar an gelten demnach folgende Fristen für die Veranlagung zu dieser Abgabe und ihre Einziehung:

1. Innerhalb dreier Wochen, also bis zum 28. Januar d. Js., müssen Veranlagungslisten fertiggestellt sein für die Abgabepflichtigen, für deren Veranlagung die von ihnen gezahlte Grund- und Bodensteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Schanksteuer oder Handelssteuer maßgebend ist (Art. 2, 4, 5, 13). Die Fertigstellung dieser Listen ist im ehemals preuß. Teilstaate schon so weit gediehen, daß sie wahrscheinlich noch vor der festgelegten Endfrist werden abgeschlossen werden können.

2. Innerhalb der darauf folgenden 14 Tage, also in der Zeit vom 29. Januar bis zum 11. Februar d. Js. müssen die Veranlagungslisten zur Einsicht für die Abgabepflichtigen ausgelegt werden (Art. 15). Besondere Mitteilungen ergeben nicht.

3. Die Zahlungsfrist für die erste Rate der Abgabe (die Hälfte), deren Höhe auf die oben angegebene Weise festgesetzt wurde läuft 4 Wochen nach dem achten Tage der Auslegung der Veranlagungslisten ab (Art. 17), es ist also die Zeit vom 5. Februar bis zum 4. März d. Js.

4. Die abgabepflichtigen Genossenschaften und zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften (Art. 2 und 17) sowie Vertreter freier Berufe (Art. 2 und 10), Wagen- und Kraftwagenbesitzer (Art. 2 und 11) haben die Höhe der von ihnen zu zahlenden Abgabe selbst zu berechnen und den errechneten Betrag zur Vermeidung neuer Strafe den in Betracht kommenden Behörden vor Ablauf von 4 Wochen nach der Veröffentlichung der Ausführungsverordnung (Art. 19, 23, 24 und 27), d. h. also bis zum 4. Februar d. Js. vorzulegen. Andernfalls wird die Höhe der von ihnen zu leistenden Abgabe behördlicherseits festgesetzt; gegen diese Festsetzung steht den Abgabepflichtigen das Recht der Berufung zu (Art. 19, 23 und 24).

5. Die von den Selbstverschärfern zu leistende Abgabe ist in zwei gleichen Raten zu zahlen, und zwar die erste Rate vor Ablauf von acht Wochen seit der Veröffentlichung der Ausführungsverordnung, also bis zum 4. März d. Js., die zweite Rate innerhalb der darauf folgenden sechs Wochen, d. h. bis zum 15. April d. Js. (Art. 19, 23 und 24).

6. Pächter und Nutznießer von Grund und Boden, welche von Abgaben frei sind (Staatsgründe, Selbstverwaltungsbefreiung usw.) müssen die auf sie entfallende Höhe der Abgabe ebenfalls selbst, und zwar in der Zeit der Auslegung der Veranlagungslisten (vgl. oben Punkt 2) berechnen und innerhalb der Zeiträume, welche für die oben in Punkt 1 erwähnten Abgabepflichtigen vorgesehen sind, bezahlen. (Art. 2, III und 21). Pächter und Nutznießer von Grund und Boden, welche Abgaben unterliegen, brauchen nicht selbst die Abgabe zu berechnen. Im Sinne des § 54 der Ausführungsverordnung ist der Besitzer verpflichtet, die Abgabe ganz zu zahlen, falls er nicht die Existenz eines Pacht- oder Nutznießvertrages und deren Bedingungen (Art. 35) nachweist, wozu er binnen einer Frist von drei Wochen vom Tage der Veröffentlichung der Ausführungsverordnung gerechnet, d. h. also bis zum 28. Januar d. Js., verpflichtet ist.

7. Im Verlaufe von 20 Tagen, nachdem die Registerformulare den Magistraten bzw. den Landgemeindeverwaltungen mit städtischem Charakter eingereicht worden sind (was schon geschehen ist) müssen die Hausbesitzer Mieterlisten in doppelter Ausführung anfertigen. (Art. 22 und 30). Auf Grund dieser Listen berechnen die Magistrate bzw. die Gemeindevorstände die Höhe der Abgabe, die auf die Mieter entfällt. Dann erfolgt die Auslegung der erwähnten Listen, die zwei Wochen den Abgabepflichtigen zur Einsicht ausliegen.

Die erste Rate der Abgabe ist binnen 4 Wochen zahlbar, gerechnet vom 8. Tage nach der Auslegung der Mieterlisten, die 2. Rate innerhalb der nächsten 6 Wochen (Art. 22).

Endgültige Annahme der Uboot-Resolution

Washington, 9. Januar. Die Beratungen der Uboot-Frage durch den Marineausschuss der fünf Mächte schlossen heute mit der Annahme der Resolution Root, die den Uboot-Führer der im Kriege die bestehenden internationalen Gesetze verletzt, der Seeräuber einschuldigt spricht.

Verbot des Gaskampfes.

Washington, 10. Januar. Die Vertreter Frankreichs, Englands, Japans, Italiens und Amerikas nehmen den amerikanischen Vortrag an nach dem die Anwendung giftiger Gase im Kriege verboten ein soll.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30).

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

Es klang ein gewisses Wohlwollen aus dieser Mahnung. Fercher blickte stumm und unschlüssig vor sich nieder. Endlich sagte er zögernd: „Ich bewerbe mich um die Schweizer Frau Brintner. Wir sind heimlich verlobt.“

„Seit wann?“ fragte der Untersuchungsrichter. „Hand diese Verlobung schon vor dem Mord an Brintner statt?“

„Nein. Damals sprach ich erst mit Frau Brintner über die Sache, und sie ermutigte mich. Mit dem Mädchen sprach ich kurz vor meiner Verhaftung.“

„Ach so.“ Die Stimme des Untersuchungsrichters hatte plötzlich einen scharfen Klang. „Dennoch standen Sie nun aber zur Familie Brintner doch in einem anderen... saßen wir... viel intimeren Verhältnis als die übrigen Inwohner!“

Nach einer schwülen Pause fuhr er wie beiläufig fort: „Am Abend des Mordtages sind Sie vom Brintnerhof nach Ebental zu Ihrem älteren Bruder gegangen, der dort ein Anwesen besitzt?“

„Ja. Aber ich traf ihn leider nicht zu Hause.“

„Trotzdem sind Sie, wie die Magd des Gemeindesekretärs Schlazer, deren Kammer an die Ihre stößt, angibt, erst nach Mitternacht heimgekommen! Wo hielten Sie sich denn so lange auf? In einem Wirtshaus waren Sie erwiesenermaßen nicht. Im Hause Ihres Bruders auch nicht, obwohl dessen Frau daheim war und Sie zumbleiben aufsorderte!“

„Ich wollte mit dem Bruder unter vier Augen sprechen. Erstens über meine Absicht zu heiraten, zweitens über mein Erbe, das in seiner Wirtschaft steckt. Beides in Gegenwart

Sowjetrußland.

Das Budget der Roten Armee.

Moskau, 9. Januar. Das Budget der Roten Armee wurde nachträglich um einige Millionen Rubel in Gold erhöht. Ein bedeutender Teil dieser Summe wurde für die Aufbesserung der Gehaltsbezüge für die Kommandanten und Kommissare bestimmt. Gegenwärtig sind schon die neuen Gehaltsbezüge vom 1. Dezember 1921 bestätigt worden. Sie werden in Goldrubeln unter Umwertung in Sowjetrubel nach dem in jedem Monat durch die Reichsbank festgesetzten Kurs berechnet werden. Die Gehälter sind folgende: Rotgardist 20.000 Rubel, Sektorchef bis zu 100.000 Rubel, Rottenträger bis zu 180.000 Rubel, Kompaniechef bis zu 330.000 Rubel, Bataillonschef bis zu 583.000 Rubel, Brigadeführer bis zu 1.466.000 Rubel und Divisionschef bis zu 1.600.000 Rubel.

Die Hungersnot im Wolgagebiet.

Niga, 9. Januar. Hier sind Nachrichten eingelaufen, wonach der Hunger im Gebiet an der Wolga schreckliche Formen annimmt. Die Ursache davon sind die vielfachen Dienstfahrzeuge und Räuberzonen.

Typhusepidemie.

Samara, 8. Januar. Im Gouvernement Samara greift die Typhusepidemie um sich. Im Kreise Balachow starben 18.000 Menschen.

Lenins Wiederwahl.

Moskau, 9. Januar. Lenin wurde zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wiedergewählt.

Zunahme der Tenerez.

Charlow, 10. Januar. In den letzten 14 Tagen stiegen die Lebensmittelpreise wieder um mehrere hundert Prozent. Der Preis der Butter stieg von 600! Rubel auf das Doppelte auf 35.000. Ein Pfund Fleisch, das vor kurzem noch 60.000 Rubel kostete, kostet jetzt 90.000 ein Et. vor kurzem 4000. jetzt 8.000.

Eine verdächtige Neuerbsprung.

Charlow, 10. Januar. In der Nacht vom 5. zum 6. Januar brach in dem Hause, in dem die außerordentliche Kommission (Tschewitschka) ihren Sitz hat, ein Feuer aus, das den größten Teil des Gebäudes und das Archiv vernichtete. Es wird von Brandstiftung gesprochen, die den Zweck gehabt haben soll, die Spuren der Tätigkeit der Tschewitschka zu verwischen.

Europas Wiederausbau und Sowjetrußland.

Moskau, 10. Januar. Den Plan der Gründung einer ost-europäischen Gesellschaft für den Wiederausbau Europas nennt Stellwag in den „Dziennik Ustaw“ einen Versuch, Sowjetrußland zu erobern, besonders im Hinblick darauf, daß auch Frankreich und Spanien an diesem Gründungsplan beteiligt sind. Stellwag wirkt die Überzeugung aus, daß alle derartigen Pläne an der unbedingten Haltung der Sowjetregierung scheitern werden.

Die Kämpfe an der finnischen Grenze.

Helsingfors, 10. Januar. Die karelischen Truppen, die sich am Sonntag in den Abschnitt Romants jenseits der finnischen Grenze zurückzogen, wurden von den Bolschewisten bis zur Ortschaft Migrijaerli, 40 Kilometer von der Grenze, verfolgt. Schwache finnische Streitkräfte zogen sich nach kurzem Kampf bis Linssovaar zurück.

Helsingfors, 10. Januar. Neuter meldet: Die finnische Regierung erhob in Moskau Einspruch gegen die Besetzung der Ortschaft Migrijaerli durch die bolschewistischen Truppen.

Rücktritt des irischen Präsidenten.

London, 8. Januar. Im irischen Parlament wurde offiziell mitgeteilt, daß der Präsident der irischen Republik de Valera von seinem Posten zurückgetreten ist.

Leafall, 8. Januar. Der Rücktritt de Valeras rief in der Sitzung des Dail Eireann Sensation her vor. Der Konvent der Fünf versuchte vergeblich, es zu einem Kompromiß mit de Valera zu bringen. De Valera erklärte, daß er sich bereits seit dem Augenblick der Unterzeichnung des Abkommens durch die irische Delegation mit dem Rücktrittsgedanken beschäftigt hätte. Die letzten Ereignisse hätten ihn nur in seinem Entschluß verstärkt.

Politische Tagesneigkeiten.

Kriegspolizei in Mesopotamien. Nach der Räumung Mesopotamens, die im kommenden Oktober erfolgen soll, beabsichtigt man, dem britischen Armeeflughafen die Aufrechterhaltung der Ordnung in Mesopotamien zu übertragen; es sollen nur einige kleine Truppenabteilungen für Wachdienste im Lande behalten werden. Die sechs Flugzeugeschwader, die gegenwärtig in Mesopotamien stationiert sind, sollen durch zwei weitere Geschwader (etwa 20 Maschinen) verstärkt werden. Diese neuen Maschinen sollen besonders als Truppentransportmittel ausgerüstet sein und je zehn Soldaten befördern können. Dadurch werden die anstrengenden Marsche durch die Wüstenengebiete in Begfall kommen.

Zum litauischen Außenminister wurde Jurgutlis ernannt.

Der Schwägerin zu besprechen, wäre mir peinlich gewesen. Ich legte mich daher draußen im Obstgarten nahe dem Hauseingang in den Rasen und wollte dort die Heimkehr des Bruders erwarten. Erst als er um Mitternacht immer noch nicht da war, ging ich nach Hause.“

„Sie wollen also drei bis vier Stunden dort ganz allein im Obstgarten verbracht haben?“

„Ja, das habe ich!“ erklärte Fercher nachdrücklich. Ton und Miene des Untersuchungsrichters wurden immer fübler.

„Schön. Ich wollte die einen Punkt nur bei dieser Gelegenheit gleich feststellen. Sie können nun austraten, Schließer führen Sie Frau Brintner vor, wenn Sie den Angeklagten in seine Zelle zurückführen haben.“

XII.

Der Untersuchungsrichter benutzte die Pause, um Lipp von neuem verschiedene Fragen vorzulegen, wobei er ihn eindringlich ermahnte nichts als die reine Wahrheit zu sagen. Aber Lipp schien plötzlich das Interesse an der Sache verloren zu haben.

„So eine Fragerei,“ murmelte er mürrisch, und antwortete auf die meisten Fragen mit einem ungeduldigen „Das weiß ich nicht mehr.“

„Ich habe Hunger,“ sagte er dann auf einmal. „Es muß ja schon auf Mittag gehen! Ich möchte auch in die Zelle zurückgebracht werden.“

„Warten Sie nur noch. Das Essen läuft Ihnen nicht davon. Übrigens da kommt ja Frau Brintner schon.“

„So?“ Der Knaben-Lipp wandte sich um, gerade als Justina die Schwelle überquerte. Ehe sie wußte, wie ihr geschah, ließ er mit ausgestreckter Hand auf sie zu und schrie ihr ins Gesicht: „Sie waren dabei! Leugnen Sie's nicht! Die Räder-

Republik Polen.

† Liquidator des Ernährungsministeriums. Der „Monitor Polski“ teilt mit, daß auf Grund des Beschlusses des Ministerrates vom 6. und 8. Dezember Adam Linder zum Liquidator des aufgehobenen Ernährungsministeriums ernannt worden ist.

† Der Staatspräsident, der in der ersten Januarwoche durch Krankheit ans Bett gezwungen wurde und infolgedessen auch nicht, wie er zuvor brüderlich, zur Teilnahme an den Wahlen nach Wilna schien kommen, hat sich jetzt soweit erholt, daß er das Bett verlassen konnte.

† Dr. Stanislaw Jurkiewicz wurde zum Departementsdirektor im Arbeitsministerium ernannt.

Deutsches Reich.

** Besprechung über die kommende Justizreform. Am Donnerstag fand im preußischen Justizministerium eine Besprechung mit sämtlichen Oberlandesgerichtspräsidenten statt, bei der u. a. die Fragen der Justizreform den Gegenstand der Erörterung bildeten.

** Die Wahl des Berliner Stadtverordnetenvorsteher. In der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gaspari (Deutsche Volkspartei) als gemeinsamer Kandidat der bürgerlichen Parteien mit 110 Stimmen wiedergewählt. Auf den Kandidaten der sozialistischen Parteien, Abg. Franz Krüger, fielen 103 Stimmen. Nach einer vor der Wahl abgegebenen Erklärung beteiligten sich die sozialistischen Parteien wieder nicht an der Bildung des übrigen Vorstandes.

** Ein Aufruf des Reichslandbundes an die deutschen Landwirte. Der Reichslandbund hat an die deutschen Landwirte einen Aufruf gerichtet, der den Zweck hat, dahin zu wirken, daß die Landwirte alles tun, die Landwirtschaft zu fördern und zu unterstützen, damit es möglich wird, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mehr als bisher durch die Inlandsproduktion zu decken. Die Landwirte werden in dem Aufruf aufgefordert, sich der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik mehr als bisher zunutzen zu machen und von den veralteten Wirtschaftsmethoden abzugehen. Nicht der größte Verdienst, sondern die höchste Leistung müßte das Ziel des deutschen Landwirtes sein. Ferner empfiehlt der Aufruf eine stärkere Durchführung des ländlichen Wohnungsbaus, um dadurch die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen, ferner den Ausbau der wissenschaftlichen landwirtschaftlichen Schulwesen. Der Aufruf fordert endlich den Notwendigkeiten der Landwirtschaft angepaßte Steuergestaltung und die Befreiung der Landwirtschaft von den letzten Fesseln der Zwangswirtschaft.

** Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde am 5. Januar eine Reihe von Petitionen erledigt. Abg. Lubbaus (U. S. P. D.) berichtete über zahlreiche Entlassungen von Angestellten der ehemaligen Reichswerft in Danzig, für welche es keine Möglichkeit gab, in Privatstellungen unterzukommen. Ein Regierungsvertreter erklärte, das Reichsarbeitsministerium würde sich bemühen, die betreffenden Angestellten unterzubringen. Der Ausschuss stellte sich einmütig auf den Boden der Vorlage der Petitionen und überwies die Einzelheiten der Regierung zur Schleunigung Berücksichtigung. Weiter beschloß der Ausschuss, den Gesetzentwurf über den Verkehrsmitteleinsatz mit ausländischen Zahlungsmitteln zu bearbeiten. Nach Erledigung der übrigen Petitionen vertagte sich der Ausschuss.

** Unzufriedenheit der Postbeamten mit der Regierung. In einer Versammlung der Gemeinschaft deutscher Posts- und Telegraphenbeamten wurde Protest erhoben gegen die unzureichenden Ergebnisse der letzten Gehaltsregelung. In einer Entscheidung wird das Verhalten der Regierung gegenüber den Vertretern der Beamten getadelt und als Verfehlungspolitik verurteilt.

** Schlusstheit des braunschweigischen Landtages. Die braunschweigische Landesversammlung in ihrer heutigen Zusammensetzung hielt am 6. Januar ihre letzte Sitzung ab. Die Neuwahlen finden am 28. Januar statt. In der letzten Sitzung wurde gegen die Stimmen der Rechten ein Gesetz angenommen, wonach die Altersgrenze für Richter auf das 65. Lebensjahr festgesetzt wird. In der letzten Beratung wurden außerdem das Amnestiegel und ein Gesetzentwurf über Schulgesetzesfreiheit in Volksschulen angenommen.

** Der republikanische Schuhparagraph. Halbamtlich wird der Wortlaut des Bekleidungsparagraphen, der bisher als Gesetz zum Schutz der Republik bezeichnet wurde, mitgeteilt: Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- und Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500.000 M. sowie auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Ausstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder der Landesregierung auffordert oder anreizt.

** Württembergische Landeskirchenversammlung. Die noch für 1921 beabsichtigte gewogene Tagung der Württembergischen Landeskirchenversammlung ist auf Ende Januar oder Anfang Februar verschoben worden. Zur Beratung werden stehende Vorlagen der Kirchenregierung über den Deutschen Evangelischen Kirchenbund, den Religionsunterricht in der Grundschule und das Kirchengebet über die Wahlen zum Landeskirchentag.

Justina war in jähem

Aus der polnischen Presse.

Unter der Überschrift: "Warum nicht anders?" richtet in der "Pravda" "ein neuer Stadtverordneter" folgende Wünsche an den Magistrat: "Der Arbeitsmangel macht sich so bemerkbar, daß wir augenblicklich die schwerste Zeit durchmachen. Ist es denn nicht möglich, auch nur ein klein wenig diesem Elend abuhelfen? Warum läßt der Magistrat der Stadt Posen die Eisenbahnstrecke nicht fertigstellen? Wir haben gehört, daß die Militärbehörde dem Magistrat die Eisenbahnschienen der Feldbahn nicht zur Verfügung stellen will. Ist das wahr? Warum beginnt der Magistrat nicht mit den Vorbereitungsarbeiten, um aus allen unbebauten Flächen nützliche Gärten zu machen, um sie an die Arbeiter zu verpachten, die nach ihrer arbeitsfreien Zeit gern ein Stück Erde zur Erholung bearbeiten möchten? Warum gibt die Militärbehörde die Hunderte von brachliegenden Morgen in der Nähe der Stadt, der Forst usw., die man zu solchen Zwecken benutzen könnte, nicht frei? Man gebe doch den Leuten Beschäftigung und Erholung, damit sie ihre Zeit nicht unnütz verbringen, sondern sie zu guten Zwecken benutzen. Warum hat denn die Wojewodschaft in Sola für ungefähr 600 Morgen unbebautes Land, welches so manchen Rentner Geizende oder Kartoffeln bringen könnte? Wenn auch die Frage des Besitzes noch nicht geklärt ist, warum läßt man den Acker nicht bestellen, wenn verpaßt man nicht das Land? Warum kümmert sich die Behörden nicht darum, wie gewirtschaftet wird? Man entlässt Arbeiter, und so und soviel Land liegt brach. Beratet gut, ihr Stadtväter, damit auf euch keine Schuld falle. Möge der Herr General Raszewski die Deputation empfangen und anhören! Der preußische General Gatzl in Monastir war sehr streng, aber am liebsten konferierte er mit den Vertretern der Arbeiter. Er wußte doch das notwendig war. Der Winter vergeht, da wird Arbeit tödlich sein."

Zur Wilnaer Volkszählung führt die "Wojska Naroda" in Nr. 31 folgende interessante Daten an: "Wir wissen, daß die polnische Regierung im Dezember 1919 eine Volkszählung in den russischen Gebieten durchgeführt hat. Die Professoren der Krakauer Kaszubschen Universität Krzysztofowki und Kumaniecki haben im Jahre 1915 eine Prospektur unter dem Titel: "Staatsk. Polens" herausgegeben und darin bewiesen, daß es dafelbst 79 Prozent Weißrussen und nur 17 Prozent Polen gäbe. Die 1919 also nur vier Jahre später erfolgte Volkszählung stellte dagegen 68 Prozent Polen fest. So war es im Kreise Olsztynek. Am Grodnoer Kreise machte man aus nicht ganz 6 Prozent Polen - 54 Prozent, im Kreise Lida wurde die Zahl der Weißrussen von 73 auf 15 Prozent vermindert, während dagegen die Anzahl Polen von 4 auf 77 Prozent erhöht wurde."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen 10. Januar.

Die neuen deutschen Postgebühren.

Am 1. d. Ms. ist die neu, wesentlich erhöhte Postgebührenordnung in Deutschland in Kraft getreten. Wir geben daraus folgende Einzelheiten, die auch manche unserer hiesigen Leser interessieren dürften, wieder:

	Postverleih		Postverleih
Postkarten	0,75 Mk.		1,25 Mk.
Briefe bis zu 20 Gramm 1,25	bis zu 20 Gramm 2,00		
" 250 Gramm 2,00	100 Gramm 3,00		
	250 Gramm 4,00		
Drucksachenkarten	0,40		0,40
Drucksachen			
bis 50 Gramm 0,50 Mk.			
" 100 " 1,00			
" 250 " 2,00			
" 500 " 3,00			
" 1 Kg. " 4,00			
Anblickskarten			
mit 5 Gravuren	0,40		
Geschäftsbriefe und			
Warenproben	250 Gramm 2,00		
Päckchen	1 Kg. 4,00		
Päckchen (bis 5 Kg.)	Nahzone (bis 75 Km.) 6,00		
	Fernzone (ab 75 Km.) 9,00		
Telegramme	1 Mt. jedes Wort		
Postkredite gebühren	0,75 Mk. für Beiträge bis zu 100 Mk.		
Zeitungsgeschriften	Für jede Nummer im Durchschnittsgewicht bis zu 20 Gramm 2 Pf.		

Der alte Schwindel!

Gestern traf ein Landwirt aus Galizien hier ein um vom Ansiedlungssamt ein Bestämm zu erwerben. Bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe gesellte sich ein etwa 30-35 Jahre alter Mann mit glattrasiertem Gesicht, im schwarzen Überzieher und grauem Anzug mit grauem Schal zu ihm und erbot sich, ihm den Weg zum Ansiedlungssamt zu zeigen. Hocherfreut machte der Galizier von diesem freundlichen Anerbieten Gebrauch, und sein Mentorührte ihn nun die Kreuz und Quer nach dem Park Miejski (früher Goethepark). An der ul. Livelta (fr. Wittenberg) gesellte sich ein etwa 40-jähriger Mann mit gleichfalls glatt rasiertem Gesicht, kurzgeschnittenem rötlichen Haar, ebensolem Schnurrbart, bekleidet mit brauner Jacke und dunkelgrauem Schal zu ihnen und fragte sie, ob sie nicht ein Paket mit amerikanischen Dollars, das er verloren hätte gefunden hätten. Auf ihre verneinende Antwort erklärte er, sie untersuchen zu müssen. Dem ersten Manne, mit dem er offenbar Hand in Hand arbeitete, gab er seine Papiere ohne weiteres zurück die dieser in seiner Geldtasche, die er um den Leib gebunden trug, wieder vermauerte. Dem Galizier erklärte er, nachdem er sein aus 73 Dollars bestehendes Eigentum beschäftigt hatte, daß das Geld ihm nicht gehören. Er reichte ihm scheinbar das Geld eingewickelt zurück und verschwand mit ihm . . . die 73 Dollars, d. h. nach heftigem Gelde rd. 200.000 Mk., die er wohlweislich in das Paket nicht mit eingewechselt hatte. Jetzt ist die Kriminalpolizei damit beschäftigt, die frechen Betrüger ausfindig zu machen und dem Geprillten wieder zu seinem Gelde zu verhelfen.

Im Ministerium für das ehemals preuß. Teilstück waren im April 1920 1134 Beamte beschäftigt, im Dezember des selben Jahres 1018. Die fortwährende Verminderung des Beamtenkörpers wird durch Zahlen der Stärke der Beamtenchaft in den einzelnen Monaten des Jahres 1921 gekennzeichnet: Januar 995, Februar 882, März 893, April 817, Mai 782, Juni 769, Juli 753, August 744, September 743, Oktober 683, November 655, Dezember 661.

Kirchliche Gebetswoche. Um Missverständnissen, die durch einen finnlandischen Druckfehler in der gestrigen Mitteilung hervorgerufen werden könnten, vorzubeugen, wiederholen wir nochmals, daß am Dienstag abend 6 Uhr im großen Saal des Vereinshauses Geheimer Konfessoriat Staatsmuster und Pfarrer Kammer über das Thema "Die Gemeinde Jesu" sprechen werden. Am Mittwoch um die gleiche Zeit behandeln Generaluperintendenten D. Blau und Direktor Pfarrer Dic. Schneider das Thema "Das Reich Gottes und die Bökermarkt", eine Frage, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen von ganz besonderer Bedeutung ist.

Gegen die Herabsetzung der Löhne. Am Sonntag fand im früheren Sternschen Saale eine große von den im Zwischenhandelsverein organisierten Handels- und Bureauangestellten einer Versammlung statt, die mit der Annahme einer Entschließung folgenden Wortlauts abließ: "Die Angestellten des Handelsgewerbes wenden sich an den Arbeitsrat beim Department für Arbeit und öffentliche Fürsorge, damit dieser sich energisch den Verlieren des kaufmännischen Arbeitgeberverbandes widersetze, die eine Herabsetzung der bisherigen Gehälter in Industrie, Handel

und in den Büros vom 1. Februar d. Jg. anstreben. Die Behauptung der Arbeitgeber, daß die Zeit schon gekommen sei, die Höhe angeblich wegen des Preisrückgangs für Artikel des ersten Bedarfs herabzusetzen, entspricht nicht dem wahren Sachverhalt. Die Kleinverkäufer reagieren absolut nicht auf die Preisherabsetzung für verschiedene Artikel im Großhandel. Unser Tarif war und ist immer ein Mindesttarif, das haben uns oftmals die Arbeitgeberverbände während der Verhandlungen zugestanden. In der Praxis dagegen wurde der Tarif zu einem Höchsttarif, was zur Folge hatte, daß er infolge der ständigen Teuerung für Artikel des ersten Bedarfs niemals auch nur den Bedürfnissen des an spruchlosen Haushalts entsprach, besonders, weil zahlreiche Firmen aus Mangel an bürgerlichem Gefühl und organisatorischer Solidarität sogar mit Wissen des Arbeitgeberverbandes, dessen Mitglieder sie sind, Gehälter unter dem Tarif zahlen. Wir teilen auch nicht die Behauptung der selbständigen Kaufleute, besonders der Kleinhändler, daß sich der Kaufmannsstand in dem Zeitraum eines gewissen Stillstandes befindet. Das entspricht der Wirklichkeit nicht. Wir als Mitarbeiter erklären, daß die Umsätze sich trotz der hohen Preise im Kleinverkauf nicht verringerten. Wenn aber der Kleinhändler glaubt, daß er sich wegen Mangel an Waren angesichts in schwieriger Lage befindet, so raten wir, seine Mitarbeiter, ihm, daß er sich in dieser schwierigen Zeit von der Investierung seiner Kapitalien in unbewegliche Gütern und Aktiencessen enthalte, bzw. in diesem schwierigen Zeitraum diese Kapitalien zurückziehe und dort anwende, wo das Kapital seinen Ursprung hat, und wo es gegenwärtig nötig ist. Die Angestellten des Handelsgewerbes werden mit Bescheidung den Augenblick begrüßen, da sie an eine Herauslösung der Gehälter herangetreten werden kann, da sie hierin eine erfolgreiche Erfahrung des Wirtschaftslebens sehen. Wir sind vollkommen bereit, die Arbeitszeit im Rahmen der gegenwärtigen Geize aufrechtzuhalten, verschließen unsere Augen sogar dort, wo die Notwendigkeit des Betriebes eine längere Arbeitszeit erfordert, d. h. einer Arbeitszeit über die Pflichtstunden hinaus. Die für einen gewissen Zeitraum beabsichtigte Aufhebung des Gesetzes für den Schutz der Arbeit ist unbedingt und widerrechtlich, und außerdem mit den Tendenzen der modernen Gesetzgebung unvereinbar. Im Hinblick darauf, daß die Ausländer in ihren Kolonien die Wirthschaft des Landes schädigen, seien wir in dem Streit nur die leiste Waffe auf dem Wege zur Erreichung berechtigter wirtschaftlicher Forderungen. Wir verurteilen jeden Leichtsinn in Beziehung auf die Anwendung dieser leichten Waffe, die uns zur Verfügung steht. Aus der bisherigen Praxis des Handelsverbandes geht hervor, daß es dieser Organisation sogar in schwersten Wirtschaftskrisen gelang, den Streit zu vermeiden. Grundsätzlich jedoch erklären wir, daß dies unbedingt zulässig ist.

Kreishauernverein Posen. An der am Freitag dieser Woche mittags 12 Uhr stattfindenden Sitzung wird Herr von Alkiewicz über Förderung der Haufzucht und Wollverarbeitung einen Vortrag halten.

Milisowka. In der letzten Ziehung fiel der Gewinn auf Nr. 2426 874.

X Beschlagnahmte Diebesrente. Die Kriminalpolizei verhaftete einen Mann unter dem Verdacht des Diebstahls und nahm ihm als vermutlich gestohlen einen guten Herrenpelz mit schwarzem Neburua. Krimmerfragten innen mit braunem Pelz gefüttert und einer schwarzen Pelzmütze, sog. "Burek" mit schwarzem seidenem Kutter ab. Die Sachen können im Zimmer 4 des Polizeipräsidiums beschlagnahmt werden.

X Diebstahl. Aus einem Büro des Hauses ul. Składowa 4 (fr. Marktheuer) wurde eine Schreibmaschine, Marke Underwood, Modell 5 Nr. 1 136 735 im Werte von 200.000 M. geholt.

* Samter 9. Januar. Der irähere hiesige Kreisschulrat Werner ist am Neujahrstage in Dessaу einem Unfall erlegen. Der frühere Chemiker der Zuckerfabrik Samter, Herr Bawelsch, der vor einem Biereich Jahr nach Deutschland auswanderte, ist infolge eines Schlaganfalls gestorben.

* Samotschin, 8. Januar. Dem Besitzer Schaska in Samotschin Dorf, früher Stoberschen Ansiedlung, wurden am Montag Nachmittag 100.000 Mark poln. Währung und 80 Silberrubel gestohlen. Im Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, stehen zwei hier und in Samotschin Dorf in Siedlung genannte Kongreßpolen.

* Konitz, 8. Januar. Die Eigentumsfrage ist im Kreise Konitz und Tuchel etwa 80 Ansiedlern zugegangen, die nach dem 11. 11. 18. die Auflösung befürchten. Termin findet am 25. d. Ms. vor dem hiesigen Kreisgericht statt. Eine Anzahl dieser Ansiedler besitzt die polnische Staatsangehörigkeit.

* Landsberg. Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde der frühere hiesige kommunalische Bürgermeister Piotrowski unter 6 Bewerbern mit 16 von 17 abgegebenen Stimmen gewählt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lemberg, 9. Januar. Ein sensationeller Prozeß, der an den des Pariser Landrau erinnert, steht hier bevor. Die Polizei übergab dieser Tage dem Gericht die Angelegenheit eines gemissten Cicilewski, 24 Jahre alt, früher Schlosserfeste und letztem Tramway-Konditeur, der auf dem Lemberger Pfaffstet unter den Ladenfräuleins und Zimmermädchen sein Unwesen trieb. Eine seiner Geliebten beging Selbstmord durch Vergiftung, eine andere warf sich unter einen Eisenbahnzug. Mehrere Mädchen wandten sich gegen Cicilewski an das Gericht, indem sie Entschädigung und Bestrafung verlangten. Ein Mädchen hat mit Cicilewski Kinder, andere dagegen erwarten die Niederlung. Alle sind in schrecklicher Weise infiziert. Der Prozeß wird demnächst zur Verhandlung kommen.

* Warschau, 9. Januar. Hier erschoss sich in seiner Wohnung an der Spitalstrasse 1 der 54jährige Arzt Alexander Waluszewski. Er hinterließ einen Brief, in dem er als Ursache des Selbstmordes starke Nervenzerrüttung angibt.

Aus Ostdeutschland.

* Stettin 9. Januar. Die "Ostsee-Zeitung", das Hauptorgan der Deutschen demokratischen Partei von Pommern, ist an ein Kontorium der Deutschen Volkspartei verkauft worden.

* Hindenburg, 9. Januar. Als am Donnerstag abend der Postwagen von Kunzendorf nach dem Postamt Dorothestraße in Hindenburg unterwegs war, wurde er kurz vor dem Amte von Banditen überfallen. Als der den Wagen begleitende Postassistent Kittlas sich zur Wehr setzen wollte, wurde er von den Räubern niedergeschossen. Der Inhalt des Wagens, ein Portefeuille mit 54.000 M. und auch andere Wertpapiere und Briefschaften wurden ausgeraubt. Als Hilfe herbeigeholt war, waren die Räuber bereits verschwunden. In den späten Abendstunden des Freitag ist es noch gelungen, einen der Banditen in Paulsdorf dingfest zu machen und ihm 16.000 M. und einen Revolver abzunehmen.

Im Ministerium für das ehemals preuß. Teilstück waren im April 1920 1134 Beamte beschäftigt, im Dezember des selben Jahres 1018. Die fortwährende Verminderung des Beamtenkörpers wird durch Zahlen der Stärke der Beamtenchaft in den einzelnen Monaten des Jahres 1921 gekennzeichnet: Januar 995, Februar 882, März 893, April 817, Mai 782, Juni 769, Juli 753, August 744, September 743, Oktober 683, November 655, Dezember 661.

Kirchliche Gebetswoche. Um Missverständnissen, die durch einen finnlandischen Druckfehler in der gestrigen Mitteilung hervorgerufen werden könnten, vorzubeugen, wiederholen wir nochmals, daß am Dienstag abend 6 Uhr im großen Saal des Vereinshauses Geheimer Konfessoriat Staatsmuster und Pfarrer Kammer über das Thema "Die Gemeinde Jesu" sprechen werden. Am Mittwoch um die gleiche Zeit behandeln Generaluperintendenten D. Blau und Direktor Pfarrer Dic. Schneider das Thema "Das Reich Gottes und die Bökermarkt", eine Frage, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen von ganz besonderer Bedeutung ist.

Gegen die Herabsetzung der Löhne. Am Sonntag fand im früheren Sternschen Saale eine große von den im Zwischenhandelsverein organisierten Handels- und Bureauangestellten einer Versammlung statt, die mit der Annahme einer Entschließung folgenden Wortlaut abließ: "Die Angestellten des Handelsgewerbes wenden sich an den Arbeitsrat beim Department für Arbeit und öffentliche Fürsorge, damit dieser sich energisch den Verlieren des kaufmännischen Arbeitgeberverbandes widersetze, die eine Herabsetzung der bisherigen Gehälter in Industrie, Handel

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Nurte der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	10 Januar	9 Januar
5½% Obl. Legielski	102 +	
Bank Zwiazku I—IX em (ungef.)	220 + A	
Bank Handlowa. Poznań I—VIII	360 + A	360 + A
Kwilecki. Wołocie i Ska. I—VI em	235 +	235 + N
Bank Ziemię I—III		
Centrala Stor I—IV (exkl. Bez.)	230 + A	230 + A
Posn. Sz. Drewnia (ex. Bez.) I—IV	510 + A	510 +
Wyworna Chemiczna I—II	175 + A	
Hurtownia Drog.	155 + A	155 + N
Dr. Roman Wan I—IV (exkl. Dibid)	180 + N	
Ciegielski I—VII em (exkl. Bezug.)	185 +	175 + A
Patria	435 + N	400 + N
E. Hartwig I—IV em.	320 + A	320 + N
R. Bartłomiejski I—V em.	150 + A	155 + N
Auszahlung Danzig Transaktionen 1670	+ A	

Inoffizielle Kurse:

	200 +	200 + N
</tbl

Am 9. d. Mts., mittags 12½ Uhr verschied nach kurzem schweren Leid in der hiesigen Diakonissen-Hausfalt unser lieber Bruder, Onkel und Schwager, der

Maler

Stefan Hollinger

im blühenden Alter von 25 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

C. Hollinger.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. d. Mts., nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Florianskirchhofes aus statt. [4667]

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 6. d. Mts. unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante

Fräul. Marie Klamm

im vollendeten 60. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Clara Maaz, geb. Klamm.

Poznań, ulica Krasinskiiego 10.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. d. Mts., nachm. 3½ Uhr von der Kapelle des Diakonissenhauses aus statt. [4668]

Sonntag früh verschied sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Marie Lehmann

im 75. Lebensjahre. [4665]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 11. d. Mts., nachm. 4 Uhr auf dem alt. Paulskirchhof statt.

Poznańska Fabryka Sukna

T. z o. p.

in Naramowice b. Poznań

die einzige Tuchfabrik der Provinz Posen, vollständige Tuchfabrik bestehend aus

Wollwäscherei, Färberrei, Spinnerei, Weberei und Appretur

empfiehlt der geehrten Kundschaft ihre reinwollenen Stoffe; außerdem wird Wolle zum Waschen, Färben, Spinnen, Weben und Appretieren in Lohn angenommen; kleinere Posten Wolle werden an Ort und Stelle in Strickgarne oder fertige Ware umgetauscht. [4640]

Säge- u. Hobelwerk mit Baugeschäft

eigener elektr. Lichtanlage, in Kleinstadt Nähe Posen, mit Villa und Inventar zu verkaufen oder zu verkaufen.

Kupferner Dampfkessel

3 kg Wasserdruck, geprüft, mit Sicherheitsventil. Wasserspeisung aus einem Manometer (Inhalt circa 200 Liter) zu verkaufen. Dasselbe ist auch ein Wachhund zu verk. Ang. n. S. 2423 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wir liefern sofort ab unserem Lager:

Falz - Hufeisen, Hufnägel u. Schraubstollen

in besserer Qualität und gängbaren Größen zu verhältnismäßig günstigen Preisen.

Landwirtschaftliche Hauptgewerbe, T. z o. p., Poznań, ulica Wjazdowa 3. Telephon 4291.

Kause uers zu den höchsten Preisen für sämtliche getr. Garderobe, Wäsche, Schuhe usw. usw. Neelle, dist. Bedienung. **B. Schmidt,** ulica Zamkowa 4, ahn Stary Rynek.

Teppiche, Klaviere, Möbel, antike Sachen aller Art lauft sofort vor Kasse. **P. Jakubial, Altwaren-Geschäft, ulica Wroclawska 20. Teleph. 3749.** [4653]

Landwirtschaft,

21 Morgen groß, im Kreise Wohlstein, mit gut erhaltenen Gebäuden leb. u. tot. Inv. zu verkaufen ob gegen gleiche Objekt in Deutschland zu verkaufen. Gesl. Antr. u. 4656 a. d. Geschäft d. Bl. erb.

Geschäftshaus

im Kreise Wohlstein zu verkaufen, zu erwarten ob gegen gleiches Objekt in Deutschland zu vertauschen. Dazu gehörig Kolonialwarengeschäft mit Manufakturwaren u. Bäckerei. Nähere Auskunft u. 4657 a. d. Geschäft d. Bl.

Herrenzimmer

hell Eiche und verschiedene Möbelstücke gebr. 1 Automat, 1 große Pelzdecke, 1 Fußstuhl, Aufschreitvöre, 4 Arbeits-Kümmel-Geschirre und Cylindertisch, verschiedene Wirtschaftsanlagen und Mantel für Banom. (Größe 44), 1 Jagdtasche mit Messer zu verkaufen ulica Matejski 53, 1-4 nachm. vir. l. [4672]

Zu verkaufen: Modelle einer mechanisch. Webstuhl, für 2 Sitz., Wäschemangel u. Siedenschine. Gesl. Antr. an Höhna, Jabłonowo, pow. Leszczynski, zu richten. [4673]

Empfehl. [4619]

Jungvieh

zum Aufstellen und zur Zucht. **L. Durski, Poznań, ul. Skarbowa 20. Tel. 13 5.**

Stellenangebote

Zur meine Delikatessehandlung ruhe zum balldigen Eintritt eine gewisse, freimolche, arbeitsreudige [4671]

Verkäuferin. Adolf Glowinski, Poznań, ulica Gwarka 13.

Stellengewicht

Suche ob, jünger Rechnungsführ.-Aend.-ob Rentmeisterstelle. Off. uni. 4542 an die Gesell. d. Bl. erb.

1. Wirtschaftsbegleiter

mit besten Zeugnissen und Empfehlungen. 28 J. alt verh. deutsch u. poln. spr. nicht vor. od. 1. 4. 22 Stell. Gesl. Antr. n. S. 4684 a. d. Geschäft d. Bl. erb.

Ein verheirateter [4652]

Gärtner

mit guten Zeugnissen, sucht Stellung zum 1. April 1922. Johann Bilawowski, Dominič Boguszy, poznań Marownica.

Besseres Fräulein sucht Stell. als Stütze od. Wirtschaftler im Haushalt der Stadt Poznań. Frauenselbst Haushalt wird bevorz. Vorstellung kann folglich erfolgen. Angebote sind bis spätestens 15. d. Mts. unter S. D. 4622 an die Gesell. d. Bl. zu richten.

Deutscher Kreisbauernverein Posen.

Freitag, den 13. Januar 1912, 12 Uhr mittags im Evangelischen Vereinshaus:

Vortrag üb. Erbsebau

von Herrn Nit

ter utsbez. Dr.

Weiß-Eichenhöhle.

Vortrag von Herrn von Al

fiewicz - Posen.

Grundstücke jeder Art

suchen wir einerseits zum Tausch oder Ankauf infolge der Divisionen, andererseits bieten wir in Polen Grundstücke zum Verkauf oder Tausch gegen deutsche Objekte an.

Deutsche Landwirtschaftsbank, Berlin N. 24, Friedrichstraße 131 D.

Mietvertragsbücher

find vorrätig in der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Zwierzyniecka 6.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Wir suchen zum 1. 4. 22

1 deutsches Feldbeamten

nicht unter 26 Jahre alt.

1 deutsches Bureaubeamten

welcher die polnische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherr. ch. Meldeamt mit Bequemlichkeiten und Einrichungen an das Prinzliche Wirtschaftsamt Tczewacow, pow. Kępy. Arno d. Oberinspektor.

Suche zum 1. 4. 1922 evang. verheirateten, selbstständigen

Gärtner.

Zeugnisse und Gehaltsansprüche an von Opitz, Witostlaw, p. Osieczna, pow. Leszno.

aus guter Familie zum 1. März oder später gefürd.

Eleve

Gutsverwaltung. Boguszyn vorw. Siegel. [4629]

Suche am 1. Februar beschiedene, nicht zu junge, iath.

Gesellschafterin.

Etwas Schneiderin erwünscht. Brunn. Gehaltsanpr. und Bild an Frau Ritter zu bei Sarazin, Ujeśno bei Środa.

Intellig. jung. Fräulein oder junger Mann

für meine Buchhandlung gesucht.

Rehfeldsche Buchhandlung, Poznań, ulica Kaniaka 5.

Gesucht nach Sachen in landschaftlich schöner Gegend zum baldigen Austritt [MB 3940]

Stenotypistin.

gewandt in der Annahme technischer Dictate. Gehalt nach Tarif und zwar

für das 19. Lebensjahr M. 1160,-

20. " 1280,-

vom 21.-24. " 1470,-

25.-29. " 1560,-

Bewerbungen mit lückenloser Angabe der bisherigen Tätigkeit unter S. C. 5053 an Rudolf Moisse, Leipzig. Bewerbungen von Antragstellerinnen werden übersehen.

Es stehen zum Verkauf:

Wirtin od. eins. Stütze

die die schwere Küche versteht, gut bckt und in der Geflügelzucht erfahren ist.

Fran Güterdirektor Kummel, Herrschaft Bajów, powiat Nowy Tomisł.

Für geschickte Beschäftigung Nachmittags-Besuchsgänge) einige Frauen oder ältere Kinder wie Halbinval.

eingestellt werden.

Posener Buchdruckerei, ul. Zwierzyniecka 6.

Evg. Volksschullehrer v. Lande

sucht ab 1. 3. od. 1. 4. 22 gleiche Stellung an evgl. Schule. Zuwendet ist der volk. Sprache in Worl u. Schrift mächtig. Gesl. Angr. u. S. C. 4645 an die Geschäftsstelle d. Bl. erh.

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznania

Mittwoch, den 11. 1. 22 um 7½ Uhr: „Mignon“, Oper von A. Thomas. (Preiserhöhung.)

Freitag, den 13. 1. 22 um 7 Uhr: „Salome“, Oper von L. Delibes.

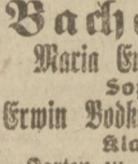
Sonnabend, den 14. 1. 22 um 7½ Uhr: „Aida“, Oper von Verdi.

Sonntag, den 15. 1. 22 um 3 Uhr nachm.: „Halka“, Oper von St. Moniuszko.

Sonntag, den 15. 1. 22 um 7½ Uhr abends: „Toland“. Oper von Enrico d'Albert.



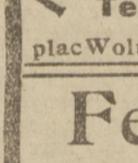
DAB
Von 7. bis 11.
8 Uhr abends:
Aula des Deutschen Gymnasiums:



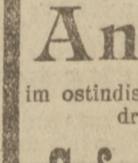
Bachabend.
Maria Eucken, Zena,
Soprano,
Erwin Bodky, Königberg,
Klarier.
Karten zu 200, 100 u. 50
M. in d. G. Verlagsbuchh. 12



Teatr
PALACOWY
plac Wolności Nr. 6.



Fern
Andra
im ostindischen Circus
drama



„Saferndi“
in 6 Akten



Mitverlader bis Guben-Briesla zum 20. Januar ge-
bucht. Mein Gepäck bis Rothenburg a. Od. Hänsche,
Bogoska 74. Tel. 822.

Achtung!

Wir suchen für gute Käufer
Güter, Landwirtschaften jeder Größe,
Fabriken, Schneidemühlen, Mühlen,
Hotels, Gasthäuser, Geschäftshäuser
sowie andere Unternehmungen.

Preisangabe und genaue Beschreibung erwünscht.

Kurowski & Grodzki

Poznań, plac Sapieżyński 8.

Amerikanisch-Poznańskie Biuro realności.

Hufeisen

in allen Größen,
Original Leonhard'sche

H-Stollen, Reilstollen

liefern zu äußerst günstigen Preisen ab Lager

„MECENTRA“

Maschinen-Zentrale

Tel. 5612. ulica Zwierzyniecka 13. Tel. 5612.</p